

BTW-01 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 18.03.2017

Ersetzen des Begriffs "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete"

- 1 Ersetzen des Begriffs "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete" im gesamten Wahlprogramm

Begründung

Im Grünen Sprachgebrauch haben wir uns in den letzten Jahren auf diesen Begriff geeinigt. Wir sollten ihn jetzt auch konsequent im Wahlprogramm so anwenden. (redaktioneller Antrag)

BTW-02 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

Ersetze "Geschöpfe" durch "Tiere"

- 1 Ersetze "Geschöpfe" durch "Tiere" im ganzen Programm

Begründung

Der Begriff "Geschöpf" wird mit einem Schöpfergott verbunden. Im Sinne einer religionsneutralen Darstellung sollte darauf verzichtet werden.

Als redaktionelle Änderung bezieht sich dies auch auf die anderen Stellen, an denen von "Geschöpfen" oder "Mitgeschöpfen" die Rede ist.

BTW-03 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: KV Harburg-Land

Beschlussdatum: 02.05.2017

Überschrift des Wahlprogramms

- 1 Die Überschrift des Wahlprogramms sollte geändert werden in:
- 2 "Unsere Zukunft: ökologisch - vielfältig - solidarisch"
- 3 statt "Zukunft wird aus Mut gemacht"

Begründung

Zukunft wird nicht gemacht. Auch wenn niemand irgendetwas tut kommt die Zukunft trotzdem. Der Satz ist also einfach falsch. Es klingt mal wieder, wie ein verzweifelter Versuch, es allen recht zu machen, positive Aufbruchsstimmung zu erzeugen und allgemein verständlich zu sein. Aber es ist einer dieser Slogans, den nur ein Grüner versteht. Wir sitzen in unserem Wolkenkuckucksheim und glauben der geneigte Leser wüsste schon, was damit gemeint ist. Aber der Slogan sagt nicht, wofür wir den Mut aufbringen sollen. Nun wissen wir aber, dass Otto-Normalverbraucher keine Parteiprogramme liest, sondern bestenfalls die Einleitung/Zusammenfassung (die hier fälschlicherweise Präambel genannt wird). Ein Wahlprogramm ist kein Roman, dem man einen möglichst geheimnisvollen Namen gibt, um den geneigten Leser zum Kauf anzuregen.

Daher fordern wir eine Überschrift mit einer Aussage wofür wir denn Mut aufbringen sollen.

Sie sollte einen Hinweis auf unsere Kernthemen und Prioritäten geben, mit denen wir uns von den anderen Parteien unterscheiden.

BTW-04-01 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Vewende im ganzen Text den Genderstar

- ¹ Vewende im ganzen Text den Genderstar, im Sinne geschlechterneutraler Sprache. Gemäß dem
- ² Beschluss der BDK vom 20. - 22.11.2015 in Halle.

Begründung

Momentan geht es im Text wild durcheinander. Wir haben hierzu eine eindeutige Beschlusslage. Es sollte selbstverständlich sein, dass diese auch beim Programm Anwendung findet.

BTW-04-02 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Verwendung des Genderstars im gesamten Text

- 1 Verwendung des Genderstars im gesamten Text des Wahlprogramms wie 2015 in Halle beschlossen.

Begründung

Momentanen stehen verschiedene Formen des Genderns im Text nebeneinander. Dies lässt nicht nur ein uneinheitliches Bild entstehen, sondern es entspricht auch nicht unserer Beschlusslage.

Es macht einen Unterschied, ob wir z.B. von „Bürgerinnen und Bürgern“ oder von „Bürger*innen“ sprechen. Die letzte Variante schließt auch all diejenigen mit ein, die sich in der binären Geschlechterkategorisierung nicht wiederfinden. Im Sinne einer diskriminierungsfreien und genderneutralen Sprache, die alle mitnimmt und mitdenkt und nicht ausgrenzend ist sollte deswegen im gesamten Text ausschließlich der Genderstar verwendet werden.

BTW-04-03 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Geschlechtergerechte Sprache

- 1 **Generalantrag zur Verwendung des Genderstars gemäß BDK-Beschluss Halle zur Anwendung im**
- 2 **kompletten Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.**

Begründung

Anwendung des Gender Star gemäß Beschlusslage BDK 07.09.2015 Halle:

„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwenden geschlechtergerechte Sprache, weil Sprache durch ihren großen Einfluss auf unser Denken und unsere Wahrnehmung die Gesellschaft mit formt. Wer nur von „Ärzten“, „Anwälten“ und „Experten“ spricht, fördert indirekt die Vorstellung, nur Männer seien gemeint. Das kann in Perzeptionsstudien nachgewiesen werden. Mit einer solchen Sprachwahl wird entsprechend auch das Denken über Geschlechter nachhaltig bestimmt. Um beide Geschlechter gleichberechtigt in der Sprache sichtbar zu machen, reden wir beispielsweise von Ärztinnen und Ärzten.

Um sicherzustellen, dass alle Menschen gleichermaßen genannt und dadurch mitgedacht werden, wird in unseren Beschlüssen ab jetzt der Gender-Star benutzt. Transsexuelle, transgender und intersexuelle Personen werden so nicht mehr unsichtbar gemacht und diskriminiert. Durch den Gender-Star werden somit Menschen mit einbezogen, die sich nicht in ein binäres System der Geschlechter einordnen können oder wollen und es wird (Selbst-)Definitionen Raum gegeben.

Wie wir geschlechtergerecht formulieren, könnt ihr diesem Leitfaden entnehmen.

Wir gendern, indem wir

- **im Regelfall den Gender-Star verwenden (Bürger*innen, Student*innen...)**
- **die weibliche Form explizit mit nennen (Bürgerinnen und Bürger, Studentinnen und Studenten...)**
- **oder versuchen, dies durch Partizipien im Plural zu vermeiden („Studierende“,...)**
- **Wir gendern grundsätzlich in allen Wörtern, jedoch nicht zweimal in einem Wort (Verbraucherschützer*innen statt Verbraucher*innenschützer*innen)**
- **Wir gendern nur, wenn es um Personen geht: Investorstaatsklagen statt Investor*innenstaatsklagen**

BTW-05 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Ersetze im ganzen Text "Homophobie" und "Transphobie" durch "Homofeindlichkeit" und "Transfeindlichkeit"

- 1 Ersetze im ganzen Text "Homophobie" und "Transphobie" durch "Homofeindlichkeit" und
- 2 "Transfeindlichkeit".

Begründung

Phobie steht für Angst vor etwas. Wenn aggressives, diskriminierendes und gewalttätiges Verhalten gegenüber Schwulen und Lesben oder Trans- und Interpersonen gemeint ist, dann sollte das auch deutlich benannt werden.

BTW-06 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Verschiebe das Unterkapitel "Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen" in das Hauptkapitel "Gerechtigkeit im Sinn" (GS)

- 1 Verschiebe das Unterkapitel "Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen"
- 2 in das Hauptkapitel "Gerechtigkeit im Sinn" (GS)

Begründung

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und damit vor allem eine soziale Frage. Wohnungsnot und Mietendruck führen in vielen deutschen Groß- und Schwarmstädten zu erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen und sozialer Segregation. Gleichzeitig sorgen Strukturwandel, Landflucht und Alterung dafür, dass mancherorts der ländliche Raum verwaist.

Wir plädieren deshalb dringend dafür, das fragliche Unterkapitel des Wahlprogramms unter der Überschrift „Gerechtigkeit“ aufzuführen. Anderenfalls könnten unsere Wähler*innen den falschen Eindruck bekommen, wir würden die soziale Dimension der Wohnungs- und Mietenpolitik nicht ernst genug nehmen.

BTW-07 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

**Ersetze "Entwicklungshilfe" durch "Entwicklungszusammenarbeit" im gesamten
Programmmentwurf**

- 1 Ersetze "Entwicklungshilfe" durch "Entwicklungszusammenarbeit" im gesamten Programmmentwurf

BTW-08 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

Verschieben von FH-BW-01 "Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen" in das Kapitel "Gerechtigkeit im Sinn"

- ¹ Verschiebe Unterkapitel "FH-BW-01 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte
- ² Kommunen" in das Kapitel "Gerechtigkeit im Sinn" (neu: GS-BW-01)

Begründung

mündlich

BTW-09 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: KV Brandenburg an der Havel
Beschlussdatum: 02.05.2017

Einfügen von Vergleichszahlen

- 1 Den im Bundeswahlprogramm genannten „Zielzahlen“ werden aktuelle Vergleichszahlen gegenüber
- 2 gestellt.

Begründung

Im Programm werden wiederholt „Zielzahlen“ zu unterschiedlichen Themen genannt. z. B. sollen die Ausgaben für die Entwicklungshilfe 0,7 % des BIP (WB-FM-01 Zeile 129) betragen. Aus dem Text ergibt sich jedoch nicht, wie hoch aktuell der Anteil vom BIP ist. Ähnlich verhält es sich im Themenblock GS-DG-01 Zeile 150 und 45 oder auch GS-KS-01 Zeile 31.

BTW-10-1 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: Marc Kersten (Köln KV)

(ist jetzt Antrag S-02) Abschlusskapitel: "Zukunft im Programm" (ZP)

- 1 Für all diese mutigen Ziele kämpfen wir mit Leidenschaft und werden im Falle der
2 rechnerischen Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung versuchen, so viele wie möglich
3 durchzusetzen. Zu regieren ist für uns aber kein Selbstzweck. Deshalb werden wir einem
4 Koalitionsvertrag nur dann zustimmen, wenn er
- 5 • einen klaren, realistischen und verbindlichen Plan zur Einhaltung der Ziele des
6 Pariser Weltklimaschutzabkommens enthält und die Energie- sowie Mobilitätswende
7 beschleunigt
 - 8 • Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip allen Regierungshandelns festschreibt, damit wir
9 die Gesundheit von Menschen, Umwelt, Tieren und Ernährung auch für künftige
10 Generationen sichern
 - 11 • die Rahmenbedingungen für eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft setzt und
12 damit die Schaffung vieler neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ermöglicht
 - 13 • durch Chancengleichheit für alle und eine fairere Verteilung unseres Wohlstands für
14 mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt
 - 15 • die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Krankheit, im Alter und bei
16 Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestaltet, um den Menschen
17 Abstiegsängste zu nehmen
 - 18 • eine humane Flüchtlingspolitik ohne Obergrenzen umsetzt, die Fluchtursachen bekämpft,
19 Integration beschleunigt und Geflüchtete im Einklang mit der Genfer Konvention
20 behandelt
 - 21 • eine generationengerechte Rente garantiert sowie ein modernes Einwanderungsgesetz
22 einführt, damit wir verantwortungsvoll mit dem demografischen Wandel umgehen
 - 23 • unsere liberale Gesellschaft auf Basis des Grundgesetzes schützt und fortschreibt, mit
24 konsequenter Gleichstellung von Frauen, gegenseitiger Akzeptanz, Vielfalt der
25 Lebensformen und einer Ehe für alle
 - 26 • eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik nicht nur als Krisen- sondern
27 Präventionsmanagement definiert und daher Entwicklungshilfe ausbaut, fairen Handel
28 fördert, die Vereinten Nationen stärkt, auf Deeskalation statt Militäreinsätze setzt
29 und Rüstungsexporte reduziert
 - 30 • uns als verlässlichen Partner in Europa positioniert und Reformen anstößt, um die EU
31 handlungsfähiger, transparenter und solidarischer zu gestalten, mit klaren und
32 durchsetzbaren demokratischen Standards
 - 33 • Sicherheit als Querschnittsaufgabe definiert und gewährleistet, im Straßenverkehr
34 ebenso wie vor Terror, sexueller Belästigung und Rassismus, bei Medikamenten ebenso
35 wie vor Krieg, Krankenhauskeimen und belasteten Nahrungsmitteln

- 36 • unsere Sicherheit nicht gegen unsere Freiheit ausspielt, sondern Bürgerrechte wahrt
37 und neue Gesetze nur einführt wenn sie angemessen, erfolgversprechend und
38 verfassungsgemäß sind
- 39 • die Werte und Vorzüge der parlamentarischen Demokratie von Kindheit an stärker zu
40 vermitteln hilft und für mehr Bürgerbeteiligung und ergänzende Elemente direkter
41 Demokratie sorgt
- 42 • mutig und zukunftsorientiert ist!

43 Dafür bitten wir am 24. September um Ihre Unterstützung. Wie knapp es werden kann, haben wir
44 beim BREXIT, der US-Präsidentschaftswahl und dem Referendum in der Türkei gesehen. Deshalb
45 nutzen Sie Ihr demokratisches Recht zur Wahlteilnahme, um sich hinterher nicht ärgern zu
46 müssen. Schenken Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihre Stimme sein können! Nur starke Grüne
47 können sich für Sie stark machen!

Begründung

So viel Mühe wie wir uns für einen guten Einstieg in unser Wahlprogramm gegeben haben (was uns mit der Präambel auch gelungen ist), so wenig Sorgfalt haben wir offensichtlich beim Abschluss walten lassen. Derzeit endet das Programm mit einem Schlüsselprojekt zu Selbständigen im Unterkapitel „Digitalisierung“. Wir entlassen die Leser*innen mit dem Satz „Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken“ in Richtung Wahlurne. Kann es das wirklich sein? Nein!

Ein würdiger Abschluss für unser Wahlprogramm sollte folgende Kriterien erfüllen:

- er bittet wie jede vernünftige Bewerbungsrede mit einer expliziten Bitte um die Stimme der Wähler*innen
- er fasst pointiert zusammen, was wir zuvor auf über 100 Seiten an Forderungen aufgelistet haben
- er macht deutlich was uns am Wichtigsten ist und wo wir rote Linien ziehen
- er ist nicht zu allgemein formuliert, aber auch nicht so konkret, dass er bei Verhandlungen unzumutbar einengt

Früher hieß das auch Essentials. Und die sind in einer Situation, wo wir keine klaren Koalitionsaussagen machen, um so wichtiger!

Da ein 100- oder 150-Seiten-Programm von den allerwenigsten Wähler*innen gelesen wird, steht nach der BDK eh die Aufgabe an, daraus eine oder gar mehrere Kurzfassungen zu destillieren. Und wie das bei Zusammenfassungen so ist, kann am Ende dieses Prozesses Unzufriedenheit und Unfrieden entstehen, weil die Basis darauf dann keinerlei Einfluss mehr hatte. Demokratischer und transparenter wäre es deshalb, die BDK-Delegierten und damit die Partei in ihrer ganzen Breite - vom einfachen OV-Mitglied bis zur Spitzenkandidatin - an dieser Stelle gewichten und mitbestimmen zu lassen. Das läge auch im gemeinsamen Interesse einer einig auftretenden Partei im Wahlkampf! Denn da müssen wir zusammenhalten!

Die 14 hier aufgeführten Punkte sind nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt und enthalten m.E. nichts, was nicht bereits im Programmwurf steht. Natürlich kann sich das durch Beschlüsse der BDK ändern. Um diesem Antrag gerecht zu werden und ihn adäquat zu behandeln, wäre es sicher zielführend, mit Meinungsbildern zu arbeiten und noch Modifikationen am Ende der Programmdebatte zuzulassen.

Dieser Antrag hat den Anspruch die vier Parteigrundsätze abzubilden, auch in der Gewichtung: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Aber auch die aktuellen Debatten unserer Zeit aufzugreifen. Er ist konsequent positiv formuliert, also wofür wir sind und nicht wogegen.

Natürlich wird jedem und jeder Delegierten irgendein Punkt fehlen. Und welche das nicht sein dürfen, das möge die BDK entscheiden. Es sollte aber allen klar sein: Wenn wir den Antrag gar nicht beschließen, dann hat das Programm keinen vernünftigen Abschluss und dann geben wir als Delegierte das Heft aus der Hand, mit welchen Prioritäten wir diesen Wahlkampf führen!

Unterstützer*innen

Holger Lange (München-Land KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Sebastian Zimmermann (Kurpfalz-Hardt KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Corinna Rüffer (Trier KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Justin Jacob (Dortmund KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Søren Brand (Bremen-Ost KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Markus Wagener (Köln KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Kerstin Dehne (München KV); Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Christian Hohn (Olpe KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Valérie Vivienne Nitsche (Euskirchen KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Deniz Ertin (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Till Hoffmann (Köln KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Peter Heilrath (München KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Luisa Schwab (Köln KV); Birgit Gerhard-Hentschel (Rastatt/Baden-Baden KV); Fabio Voss (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Georg Sieglen (Köln KV); Nabihha Ghanem (Soest KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Martin Kühn (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Jens Schabacher (Bremen-Mitte KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Tobias Grupe (Köln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Christian Stunz (Köln KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Bert Lahmann (Köln KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); André Moser (Düsseldorf KV); Andrea Asch (Köln KV); Ingo Wolff (Viersen KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Tobias Politt (Köln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Ulrich Schnirch (Bottrop KV); Stephan Eßer (Vorpommern-Rügen KV); Daniel Brandes (Hannover RV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Moritz Darge (Mülheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Niklas Graf (Wesel KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Roland Schwarz (Köln KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Karsten Finke (BochumKV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Frank Hauser (Köln KV); Ingo Volp (Mainz KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antje Westhues (Bochum KV); Andreas Falkowski (Rhein-Sieg KV); Sonja Karas (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Yves Reich (Köln KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Mario Michalak (Köln KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Diethelm Schneider (Bonn KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Nadin Bisewski (Celle KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Karin Fetzer (Wesel KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Hans-Werner

Ignatowitz (Euskirchen KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Dominik Wellhäuser (Köln KV); Wilfried Weisbrod (Kurpfalz-Hardt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Stefan Wolters (Köln KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV); Sebastian Schubert (Euskirchen KV); Christiane Schmidt (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV)

BTW-10-2 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

(ist jetzt Antrag S-02) Abschlusskapitel: "Zukunft im Programm" (ZP)

- 1 Für all diese mutigen Ziele kämpfen wir mit Leidenschaft und werden im Falle der
2 rechnerischen Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung versuchen, so viele wie möglich
3 durchzusetzen. Zu regieren ist für uns aber kein Selbstzweck. Deshalb werden wir einem
4 Koalitionsvertrag nur dann zustimmen, wenn er
- 5 • einen klaren, realistischen und verbindlichen Plan zur Einhaltung der Ziele des
6 Pariser Weltklimaschutzabkommens enthält und die Energie- sowie Mobilitätswende
7 beschleunigt
 - 8 • Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip allen Regierungshandelns festschreibt, für auch in
9 Zukunft gesunde Menschen, Tiere Umwelt und Ernährung
 - 10 • die Rahmenbedingungen für eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft setzt und
11 damit die Schaffung vieler neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ermöglicht
 - 12 • durch Chancengleichheit für alle und eine fairere Verteilung unseres Wohlstands für
13 mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt
 - 14 • die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Krankheit, im Alter und bei
15 Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestaltet, um den Menschen
16 Abstiegsängste zu nehmen
 - 17 • eine humane Flüchtlingspolitik ohne Obergrenzen umsetzt, die Fluchtursachen bekämpft,
18 Integration beschleunigt und Geflüchtete im Einklang mit der Genfer Konvention
19 behandelt
 - 20 • eine generationengerechte Rente garantiert sowie ein modernes Einwanderungsgesetz
21 einführt, damit wir verantwortungsvoll mit dem demografischen Wandel umgehen
 - 22 • unsere liberale Gesellschaft auf Basis des Grundgesetzes schützt und fortschreibt, mit
23 konsequenter Gleichstellung von Frauen, gegenseitiger Toleranz, Vielfalt der
24 Lebensformen und einer Ehe für alle
 - 25 • eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik nicht nur als Krisen- sondern
26 Präventionsmanagement definiert und daher Entwicklungshilfe ausbaut, fairen Handel
27 fördert, internationale Institutionen stärkt, auf Deeskalation statt Militäreinsätze
28 setzt und Rüstungsexporte reduziert
 - 29 • uns als verlässlichen Partner in Europa positioniert und Reformen anstößt, um die EU
30 handlungsfähiger, transparenter und solidarischer zu gestalten, mit klaren und
31 durchsetzbaren demokratischen Standards
 - 32 • Sicherheit als Querschnittsaufgabe definiert und gewährleistet, im Straßenverkehr
33 ebenso wie vor Terror, sexueller Belästigung und Rassismus, bei Medikamenten ebenso
34 wie vor Krieg, Krankenhauskeimen und vergiftetem Essen

- 35 • unsere Sicherheit nicht gegen unsere Freiheit ausspielt, sondern Bürgerrechte wahrt
36 und neue Gesetze nur einführt wenn sie angemessen, erfolgversprechend und
37 verfassungsgemäß sind
- 38 • die Werte und Vorzüge der parlamentarischen Demokratie von Kindheit an stärker zu
39 vermitteln hilft und für mehr Bürgerbeteiligung und ergänzende Elemente direkter
40 Demokratie sorgt
- 41 • mutig und zukunftsorientiert ist!

42 Dafür bitten wir am 24. September um Ihre Unterstützung. Wie knapp es werden kann, haben wir
43 beim BREXIT, der US-Präsidentschaftswahl und dem Referendum in der Türkei gesehen. Deshalb
44 nutzen Sie Ihr demokratisches Recht zur Wahlteilnahme, um sich hinterher nicht ärgern zu
45 müssen. Schenken Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihre Stimme sein können! Nur starke Grüne
46 können sich für Sie stark machen!

Begründung

So viel Mühe wie wir uns für einen guten Einstieg in unser Wahlprogramm gemacht haben (was uns mit der Präambel auch gelungen ist), so wenig Sorgfalt haben wir offensichtlich beim Abschluss walten lassen. Derzeit endet das Programm mit einem Schlüsselprojekt zu Selbständigen im Gemischtwarenunterkapitel „Digitalisierung“. Wir entlassen die Leser*innen mit dem Satz „Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken“ in Richtung Wahlurne. Kann es das sein? Nein!

Ein würdiger Abschluss für unser Wahlprogramm sollte folgende Kriterien erfüllen:

- er bittet wie jede vernünftige Bewerbungsrede mit einer expliziten Bitte um die Stimme
- er fasst pointiert zusammen, was wir zuvor auf über 100 Seiten an Forderungen aufgelistet haben
- er macht deutlich was uns am Wichtigsten ist und wo wir rote Linien ziehen
- er ist nicht zu allgemein formuliert, aber auch nicht so konkret, dass er bei Verhandlungen unzumutbar einengt

Früher hieß das auch Essentials. Und die sind in einer Situation, wo wir keine klaren Koalitionsaussagen machen, umso wichtiger!

Da ein 100- oder 150-Seiten-Programm von den allerwenigsten Wähler*innen gelesen wird, steht nach der BDK eh die Aufgabe an, daraus eine oder gar mehrere Kurzfassungen zu destillieren. Und wie das bei Zusammenfassungen so ist, kann am Ende dieses Prozesses Unzufriedenheit und Unfrieden entstehen, weil die Basis darauf dann keinerlei Einfluss mehr hat. Fairer und transparenter wäre es deshalb, die BDK-Delegierten an dieser Stelle gewichten und mitbestimmen zu lassen, auch im gemeinsamen Interesse einer einig auftretenden Partei im Wahlkampf!

Die 14 hier aufgeführten Punkte sind nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt und enthalten u.E. nichts was nicht bereits im Programmwurf steht. Natürlich kann sich das durch Beschlüsse der BDK ändern. Um diesem Antrag gerecht zu werden und ihn adäquat zu behandeln, wäre sicher zielführend, mit Meinungsbildern zu arbeiten und noch Modifikationen am Ende der Programmdebatte zuzulassen.

Dieser Antrag hat den Anspruch die vier Parteigrundsätze abzubilden, auch in der Gewichtung. Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Aber auch die aktuellen Debatten unserer Zeit aufzugreifen.

Natürlich wird jedem und jeder Delegierten irgendein Punkt fehlen. Und welche das nicht sein sollten, das möge die BDK in ihrer unendlichen Weisheit beschließen. Es muss aber klar sein: Wenn wir den Antrag gar

nicht beschließen, dann hat das Programm keinen vernünftigen Abschluss und dann geben wir als Delegierte das Heft aus der Hand, mit welchen Prioritäten wir diesen Wahlkampf führen!

BTW-11 TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller*in: Oliver Glodzei (Lüneburg KV)

Keine Obergrenze für Menschlichkeit

- ¹ Bündnis 90/Die GRÜNEN werden keinen Koalitionsvertrag eingehen, in dem eine Obergrenze für
- ² die Aufnahme von Menschen in Not festgelegt wird.

Begründung

Leid kennt keine Obergrenze. Menschlichkeit darf daher auch keine kennen.

Unterstützer*innen

Oliver Kraemer (Lüneburg KV); Claus-Cornelius Poggensee (Lüneburg KV); Mark Stark (Lüneburg KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Volker Butenschön (Lüneburg KV); Hardy Glodzei (Lüneburg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Karen Rabbe (Lüneburg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Kai Herzog (Lüneburg KV); Jens Mrusek (Lüneburg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Imke Byl (Gifhorn KV); Holger Tempel (Lüneburg KV); Jürgen Kopp (Lüneburg KV)